

Das böse Wort mit Q

Auch nach 27 Jahren Einheit dominieren Westdeutsche die Eliten des Ostens. Plötzlich ist eine Debatte losgebrochen, ob sich das nicht mit einer Ossi-Quote lösen ließe. Was wäre eigentlich schlecht daran?

Von Anne Hähnig und Martin Machowecz

11. November 2017, 10:16 Uhr ZEIT im Osten Nr. 46/2017, 9. November 2017 370

Kommentare

Aus der ZEIT Nr. 46/2017

Das böse Wort mit Q – Seite 1

Was denn, was denn: eine Ossi-Quote? Darüber sollen wir jetzt wirklich reden, im 28. Jahr der Einheit? Müsste diese Ost-Revue nicht langsam durchgetanzt sein? Wer ist heute noch Ossi? Wer Wessi? Sind wir nicht ein Volk? Sollen wir wieder gespalten werden?

Das sind zwar ideologische Fragen, aber deswegen ja noch lange keine falschen. Man möchte trotzdem erst einmal mit Zahlen antworten.

Kürzlich erklärte die Bundesregierung auf Anfrage der Linken, wie viele der insgesamt 109 Abteilungsleiter in allen Bundesministerien aus Ostdeutschland stammen: vier (ja, vier!, das sind sogar weniger als ein paar Jahre zuvor). Eine Umfrage der ZEIT unter allen ostdeutschen Landesregierungen hatte schon vor wenigen Jahren ergeben, wie viele der Abteilungsleiter in den Landesministerien des Ostens aus dem Osten selbst stammen: nicht einmal ein Viertel. Stichproben legen nahe, dass sich daran zuletzt nichts geändert hat. 2016 kam der MDR zudem mit einer interessanten Erhebung: Von den 100 größten ostdeutschen Unternehmen werden nur 28 von ostdeutschen Chefs geleitet. Lediglich drei von 190 deutschen Dax-Vorständen stammen aus dem Osten. Von den 22 großen Osthochschulen haben bloß drei einen ostdeutschen Rektor. Und von 585 Richtern in Ostdeutschland sind 78 ostdeutscher Herkunft, von 336 Bundesrichtern sogar nur drei.

Soziologen der Universität Jena trugen die relevanten Studien zu ostdeutschen Eliten gerade zusammen, verglichen sie und stellten fest: In allen Untersuchungen zeige sich "eine Unterrepräsentation der Ostdeutschen innerhalb der politischen Eliten auf Bundes- und Landesebene". Das heißt: Auch wenn Ostdeutsche etwa in politischen Spitzenämtern nicht so schlecht vertreten sind wie in anderen Bereichen – sie sind nicht einmal dort, an den sichtbarsten Stellen, in angemessener Zahl angekommen. Und in einigen Bereichen ist die Entwicklung sogar rückläufig. Offenbar wird den Ostdeutschen nichts geschenkt, und offenbar gelingt es ihnen nicht, sich etwas zu erkämpfen. Von Angela Merkel abgesehen. Über ihre Sonderrolle wird noch zu sprechen sein.

Wenn nun aber insgesamt so wenige Ostdeutsche in Führungspositionen sind, wenn – und das ist der noch wichtigere Aspekt – überwiegend Westdeutsche die entscheidenden Schalthebel im Osten kontrollieren, dann heißt das erst einmal, dass eine Ost-West-Unterscheidung nicht künstlich herbeigeführt ist. Sondern real existiert.

Muss die Frage, bezogen auf die Quote, also nicht vielmehr lauten: Wieso ist sie nicht schon lange da?

Das ist das große Thema dieser Tage. Plötzlich wird über eine Ossi-Quote diskutiert, pünktlich zum Mauerfall-Jahrestag am 9. November. Und das ist kein Zufall: Die Debatte hat eine übergeordnete Ursache. Und einen konkreten Anlass. Die übergeordnete Ursache hat drei Buchstaben: AfD. Die Republik ist auf der Suche nach Gründen dafür, dass die Ostdeutschen so rebellisch gewählt haben im September – nach Gründen für die Wut.

Für den konkreten Anlass wiederum haben zwei Männer aus dem Osten gesorgt, die sich seit Jahren Gedanken ums Funktionieren der Demokratie machen, denen man auch nicht vorwerfen kann, dass sie Spinner seien oder Fantasten. Zwei Männer, die, unabhängig voneinander, beschlossen haben, Alarm zu schlagen. Pathetisch gesagt: aus Sorge um die Demokratie. Aber Pathos ist, in dem Zusammenhang, vermutlich nur allzu angemessen.

Der eine der beiden Männer, Thomas Krüger, 58, aus Thüringen stammend, seit 17 Jahren Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), sagte vorige Woche in der *Berliner Zeitung*: Die Dominanz westdeutscher Eliten im Osten werde von den Ostdeutschen als "kultureller Kolonialismus" erlebt. Viele Ostdeutsche, so Krüger, hätten auch im 28. Jahr der Einheit das Gefühl, fremdbestimmt zu leben. Weil eben fast alle wichtigen Führungspositionen im Osten von Westdeutschen besetzt seien. Das sorgte für Wut, nicht zuletzt diese Wut habe die AfD stark gemacht.

Moment mal: Hat er "kultureller Kolonialismus" gesagt? Ja. Aber das Q-Wort, das Wort von der Quote, nahm Krüger noch nicht in den Mund.

Das tat dafür Frank Richter, sein sächsischer Kollege: Richter, 57, Geschäftsführer der Stiftung Frauenkirche, war bis vor einigen Monaten noch Chef der Landeszentrale für politische Bildung in Dresden, in den vergangenen Jahren wurde er einer der wichtigsten Wutbürger-Versteher der Republik. Richter moderierte einst die Dresdner Konflikte um Pegida und Co. Jetzt sagte er: Über die "gefühlte Dominanz" der Westdeutschen müsse gesprochen werden, und zwar "ohne dass dies persönlich genommen oder moralisch verstanden wird". Vielleicht sei es nötig, eine Quote für Ostdeutsche in Führungspositionen einzuführen. "Ähnlich wie bei der Frauenquote", so Richter, könne auch über "eine gewisse Quotierung" für Menschen mit ostdeutscher Herkunft nachgedacht werden. Anders seien die Probleme nicht zu lösen.

"Was ist das anderes als Hegemonie?"

Und da haben Krüger und Richter, diese beiden ostdeutschen Demokratielehrer, einen Streit losgetreten, den es in dieser Ernsthaftigkeit noch nicht gegeben hat. Einen Streit darüber, ob man Ostdeutsche künftig bevorzugen soll, wenn es um die Besetzung von Spitzenjobs insbesondere in Ostdeutschland geht.

Aber wer eine Ossi-Quote fordert, der hat gleich alle Gegner auf einmal in der Tür stehen.

Die Westdeutschen, die sagen, das wäre ja noch schöner! Jetzt sollen wir die Ossis fürs AfD-Wählen auch noch belohnen. Das Ergründen ostdeutscher Frustgründe nerve doch nur noch!

Die Ostdeutschen, die sagen, eine Quote hätten sie doch gar nicht nötig! Sie seien doch stolz, sie seien schließlich auch keine Opfer!

Die Chefs, die behaupten, es würden doch immerzu die Besten befördert, und wenn die Ossis nicht zu den Besten gehörten, was könne man denn dafür.

Die Juristen, die sagen: Ossi, Wessi, das sei keine Kategorie mehr, nach einem Vierteljahrhundert Völkervereinigung.

Und dann sind da noch die Frauen, die nicht ganz zu Unrecht der Meinung sind: Erst mal seien sie dran.

Deshalb, noch mal einen Schritt zurück: Ist das nicht eine Idee von vorgestern – zu glauben, man müsse den armen Ostlern endlich helfen emporzuklettern? Es stimmt ja, dass die Ostdeutschen es weit gebracht haben in den vergangenen Jahren. Es ist auch nicht falsch, zu sagen: Der Osten hat den Takt der deutschen Debatten verändert.

Er kann stolz sein auf das, was er erreicht hat in 27 Jahren Transformation. Es gibt eine Kanzlerin, im Osten aufgewachsen, die so selbstverständlich dieses Land anführt, wie es selbstverständlicher gar nicht geht. In allen Ostländern regieren ostdeutsche Ministerpräsidenten (außer in Thüringen, aber Bodo Ramelow ist der ostdeutsche Wessi, den man sich vorstellen kann). Es gab zwischenzeitlich einen Bundespräsidenten aus dem Osten. Und damit, dass sie die AfD so stark gemacht haben, haben die Ostdeutschen auch noch das politische Gefüge der Bundesrepublik durcheinandergebracht – das muss man nicht schön finden, aber es ist eher ein Zeichen von Selbstbewusstsein als von Schwäche.

Die Frage lautet also, ob es nicht irgendwann reicht mit dem Ossi-Gefördere.

Aber dann schaut man genauer hin und sieht: Die ostdeutsche Kanzlerin hat in ihrem Kabinett nur noch ein weiteres Mitglied aus den neuen Ländern, Bundesbildungsministerin Johanna Wanka – Ostförderung traut sich Merkel gar nicht. Unter den Staatssekretären der Bundesregierung befinden sich nur zwei Ostdeutsche – von insgesamt 63 Männern und Frauen.

Und deshalb ist das Erste, was Thomas Krüger erzählt, wenn man ihn jetzt anruft, um über den Wirbel zu diskutieren, den er mit ausgelöst hat: dass er nichts zurückzunehmen habe von seiner Einschätzung vom "kulturellen Kolonialismus". Denn, so Krüger: "Wenn der Osten bis heute von westdeutschen Eliten dominiert wird – was ist das anderes als Hegemonie?" Die Dominanz der Westler führe zu einem schwerwiegenden Akzeptanzproblem demokratischer Institutionen im Osten. Die Menschen fänden sich nicht wieder in denen, die das Land anführen. Vor allem: "Wer glaubt, das wachse sich schon von alleine aus, der täuscht sich", sagt Krüger.

Man muss sich die Wurzel aller Probleme betrachten, sie liegt im Transformationsprozess nach 1990. Damals hatte die frisch vereinigte Republik keine andere Wahl, als Hunderttausende westdeutsche Aufbauhelfer in den Osten zu senden – deren Expertise war unentbehrlich zum Aufbau einer demokratischen Gesellschaft. Und diesen Aufbauhelfern muss man dankbar sein. Dass in den Neunzigern also Westdeutsche die Führungsschichten des Ostens dominierten, war klar, war erwartbar, das überrascht keinen.

Aber warum hat sich das nie verändert? Nicht im ersten Jahrzehnt der nuller Jahre, nicht im zweiten? Warum wird es sich auch im dritten nicht verändern? Dass Ostdeutsche nicht aufsteigen, erklären sich Soziologen mit zweierlei: den Westdeutschen, die nun mal oben sind und, auch unbewusst, lieber ihresgleichen befördern. Aber der ostdeutsche Nicht-Aufstieg liegt auch an den Ostdeutschen selbst, die nicht drängeln.

Bpb-Chef Krüger sagt: In den Ostländern habe sich ja ein System nach westdeutschem Muster etabliert. Dem stehe die Prägung der Ostdeutschen gegenüber: "Es gibt ein anderes kulturelles Wissen im Osten", sagt Krüger. "Wenn Sie sich klarmachen, dass Familien in der DDR eher gelernt haben, offen ausgetragene Konflikte zu vermeiden – und dass es eher schlau sein kann, sich aus Streits herauszuhalten –, dann haben Sie plötzlich andere Menschentypen. Und diese kulturellen Unterschiede werden von Generation zu Generation weitergegeben."

Im Osten lebten Menschen, die sich vielleicht weniger nach vorn drängten, so sieht das Krüger, und die bekämen Aufstiegsschwierigkeiten in einem System, das nach West-Regeln funktioniere. Schade eigentlich. Denn es weiß doch jeder Führungsscoach: Dort, wo Kulturen sich vermischen, werden Unternehmen, Organisationen, Behörden belebt. Die Debatte um die Ostquote ist also gut – egal, ob man die Quote für sinnvoll erachtet oder nicht. Denn auch bei der Frauenquote half nicht der Umstand, dass überall Pflichten und Zwänge eingeführt worden wären. Die Debatte an sich hat Frauen Tore geöffnet, die zuvor verschlossen waren.

Woher kommt die Furcht vor einer Quote?

Denn manchmal ist die Kraft einer Idee so groß, der Zeitpunkt so günstig, dass alle plausiblen Gegenargumente dahinter erst einmal zurücktreten. Deshalb lacht niemand über Frank Richter, den Mann, der jetzt als Erster die Quote gefordert hat: "Es gibt viele Gründe, die gegen eine Ostquote sprechen. Doch es gibt mindestens genauso viele Gründe, die dafür sprechen", sagt er. Auch er freut sich über die selbst befeuerte Debatte. "Manche Dinge lassen sich nur mit einem gewissen Durchsetzungswillen umsetzen. Auch wenn sich manche daran stören."

Woher kommt eigentlich die Furcht vor einer Quote? Richter sagt: Die Kategorien "Ostdeutscher" oder "Westdeutscher" würden aus falscher Scham nicht mitgedacht, wenn es um die Vergabe von Posten gehe. "Aus einer Attitüde der politischen Korrektheit heraus werden diese Kategorien abgelehnt, nach dem Motto: Das kann doch heute gar nicht mehr relevant sein", sagt er.

Das sieht nicht nur er so, es ist eine Zeit angebrochen, in der sich Ostdeutsche wieder als Ostdeutsche entdecken, in gewissem Regionalstolz. In der also regionale Unterschiede wichtiger werden. Schon deshalb braucht es Führungspersonen, die sich trauen, über den Osten zu reden: Osis an die Macht. Oder wenigstens: Mehr Osis an die Macht.

Wäre das denn so schlimm? Es bleibt, jenseits der moralischen Debatten, die juristische Dimension. Thomas Krüger, der bpb-Chef, sagt, dass die Quote daran geradezu scheitern müsse: Wie, fragt er, solle man denn juristisch klar festlegen, wer ein Ossi ist? Nur einer, der hier geboren ist? Was ist mit einem, der aus dem Westen stammt, aber im Osten studiert hat? Oder andersherum? Nennen wir es: das Bodo-Ramelow-Angela-Merkel-Problem. Die Kanzlerin ist in Hamburg geboren, aber im Osten zur Schule gegangen. Was wiegt schwerer? Thüringens Ministerpräsident ist im Westen geboren, aber seit 1990 einer *der* Interessenvertreter Ost.

Wichtiger als formelle Regelungen könnte sein, dass man ein Umdenken bei Entscheidern erzeugt. Vielleicht durch eine Art freiwilligen Zwang, den etwa Krüger bevorzugen würde: ein System, in dem bei gleicher Qualifikation auf Diversität gesetzt wird. Bei gleicher Qualifikation, findet er, solle ein Bewerber befördert werden, der das Unternehmen vielfältiger mache. Das könne ein Migrant sein. Eine Frau (oder, je nach Beruf, ein Mann). Oder ein Ossi.

Aber vielleicht gäbe es viel einfachere juristische Kniffe, als alle Bedenkenträger meinen. Denn eine Ossi-Wessi-Quote existiert, unbemerkt, schon lange. Man muss nur einen Juristen fragen, dessen Lebensthema diese Sache ist. Jes Möller war der erste Ostdeutsche, der es vor wenigen Jahren ins Amt eines Landesverfassungsgerichts-Präsidenten geschafft hat, in Brandenburg. Auch er sagt: Ostkollegen kämen an den Gerichten nicht nach oben, weil "der Gerichtspräsident, der einen West-Hintergrund hat, Kollegen schätzt, die letztlich ähnlich sind".

Doch Möller macht Hoffnung: Dass eine Quote möglich sei, sehe man doch im Grundgesetz, Artikel 36, Absatz 1. Dort steht: "Bei den obersten Bundesbehörden sind Beamte aus allen Ländern in angemessenem Verhältnis zu verwenden."

Das heißt, übersetzt: Auch Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt haben das Recht, regelmäßig Spitzenbeamte für den Job in den obersten Bundesbehörden zu entsenden. Sie nehmen ihr Recht nur nicht so wahr, wie sie könnten – und schicken, zum Beispiel, ihrerseits Westdeutsche, die in diesen Ländern schon Karriere gemacht haben. Würde Paragraf 36 endlich ernst genommen, sagt Jes Möller, würde man also auf einen vernünftigen Regionalproporz Wert legen, wäre schon viel geholfen. Im Grunde sei es wie bei der Frauenförderung: "Man muss es wollen! Dann klappt es auch."